



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Hoffmann, Karl: Die akademische Jugend und die Parteien.1.  
Jugendbewegung, Jugendbünde und Generationen

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die akademische Jugend und die Parteien

Von Dr. Karl Hoffmann

### I. Jugendbewegung, Jugendbünde und Generationen

**A**ls im November vorigen Jahres die große „Umwälzung“ über uns kam, war das deutsche Bürgertum wie aus allen Wolken gefallen. Sein politisches Gemüt irrt erschüchtert und ohne jede Spur einer inneren Sicherheit hin und her und zog sich bald hastig in sich selber, in die eigenen vier Wände zurück. Abgesehen von den immerhin wenigen, die kurz entschlossen aus der Revolution ein Geschäft für ihre Karriere machten und die Seele verkauften, indem sie hinüberschwenkten, wußte niemand recht, was er anfangen und wo er eigentlich hin sollte. Dann tauchten freilich hie und da eigene Gedankenregungen auf; man fand schließlich eine gewisse innere Stellungnahme zu dem ungeheuren Ereignis, das die Gefüge unseres nationalen Daseins untereinander geworfen hatte. Aber immer noch suchte man vergebens nach bestimmteren Zielpunkten, um die sich das wiedererwachte politische Willensbedürfnis mit der Mannigfaltigkeit seiner ungeführten Strebungen hätte gruppieren können. Und auf einmal bildeten sich nun in den Wochen vor der Wahl zur Nationalversammlung die neuen bürgerlichen Parteien, die solche Sammel- und Zielpunkte zu geben schienen und sie von Rechts wegen auch darbieten mußten. Alles strömte auf sie zu und in sie hinein. Damit fiel diesen neuen Parteien eine unerhört dankbare Aufgabe schaffender Wirkungen zu: vor allem die Aufgabe, jetzt endlich die „Geistigen“, besonders die Akademiker und mit ihnen die akademische Jugend, deren kühle Ablehnung der Parteipolitik und des ganzen politisch-parlamentarischen Lebens noch aus früheren Jahren berücksichtigt war, für die aktive Politik zu gewinnen. Denn große Teile dieser akademischen Kreise stellten sich ihr mit frischer politischer Tätigkeitslust zur Verfügung. Es kam auf die Parteien an, alle Sorge zu tragen, daß daraus etwas wurde. Nun aber, nach dem ungefähren Ablauf eines Jahres, wo neue Wahlfeldzüge in Sicht sind, muß man leider feststellen, daß gar nichts daraus geworden ist. Die Parteiverdroffenheit war vornehmlich in der akademisch gebildeten Welt blieb die alte und nimmt mit einer Verbitterung zu, die den amtlichen Parteileitungen vielleicht noch gar nicht ganz klar wurde. Jedoch in den Kreisen der Akademikerschaft mit ihrer unaufhörlichen politisch-geistigen Regsamkeit kann die Schuld daran unmöglich liegen.

Im neunten Heft der „Deutschen akademischen Zeitschrift“ geht Dr. Stadler mit einem sehr kräftigen Aufsatz „Die Akademiker und das Parteiwesen“ den Gründen nach, warum dies alles so war und wieder so ist. Er sieht die letzte Ursache in dem akademischen Willen zur wissenschaftlichen Kritik, der in der problemlosen Abgeschlossenheit der Parteilugheit keinen Platz zur Lebendigkeit finde. Er schreibt: „Nichts steht dem Wesen der akademischen Bildung fremder gegenüber, als das schulmeisterliche Alleswissen und das bedenkenlose Alleskönnen. Wer hinter den Dingen, die sind, keine Probleme sieht, wer in den gegebenen Formeln, in welchen sich die Lösungsversuche der Probleme binden, nicht immer wieder die unendliche Lebensfülle der Probleme selbst ahnt, wer nicht weiß, daß er nichts weiß, der hat keinen Hauch von akademischer Bildung. Hier ist wohl der Boden gefunden, von dem aus die eigenartige, unsichere und zwiespältige Stellungnahme der Akademiker und der Studentenschaft zur Politik beurteilt werden muß. Zur Politik als einer Wissenschaft und einer theoretischen Kunst findet der akademische Bürger leicht den Weg. Ganz anders verhält es sich mit dem Verhältnis der Akademiker zur praktischen Politik. Hier tun sich Abgründe auf, an deren Überbrückung sich viele bisher vergebens abmühten und, wie mir scheint, in der nächsten Zeit noch vergeblicher abmühen werden. Man hat vor dem Krieg die Apathie der Akademiker und der Studentenschaft gegenüber der Politik oft darauf zurückführen wollen, daß die Akademiker keinen Sinn für die sozialen Verpflichtungen des öffentlichen Lebens besäßen. Es ist Zeit, auch einmal die Gegenfrage zu stellen, ob denn die ‚Politik‘, welche hier mit der Forderung auf Berücksichtigung und Interessierung an die Akademiker vorwurfsvoll herantrat, überhaupt eine solche Interessierung wert war. . . An gutem Willen hat es bei den Akademikern eigentlich nie gefehlt. Um so mehr aber an Wirkungsmöglichkeiten, die den Akademikern innere Befriedigung gesichert hätten. Unsere Tagespolitik war akademikerfeindlich. Hier wehte kein Lüftchen des freien Geistes forschender Kritik. Probleme waren da, um systematisch ignoriert zu werden.“

Genau so verhält es sich abermals in den gegenwärtigen Tagen. Diese Darstellung trifft den Nagel auf den Kopf, wenn sie gleich, was insbesondere die studierende Jugend angeht, nicht alles erschöpft. Denn hinsichtlich der Studentenschaft gibt Stadler wohl den richtigen Grund an, soweit dieser aus ihren wissenschaftlichen Vereinen kommt, nicht aber einen noch anderen Grund, der aus ihrer Eigenschaft als Jugend her stammt. Und hierin, in diesem Moment einer wesentlich jugendhaften Geistigkeit, liegt vielleicht die tiefere Ursache des Gegensatzes und damit die schlimmere Gefahr für das politische Schicksal.

Gerade in den laufenden Monaten läßt sich am besten ein Rückblick gewinnen. Denn die Zeit der studentischen Verbandssitzungen, Zusammenkünfte, Burschentage und freideutschen Feste, die mit Vorliebe im Spätsommer abgehalten wurden, ist verfllossen; und man darf vielleicht mit einigem Rechte vermuten, daß die amtlichen Parteistellen von diesen Tagungen einigermaßen enttäuscht sind. Man begreift das vollkommen. Denn fast nirgends und jedenfalls nie ohne Widerstand, Auflehnung und Einspruch erfolgte das erwartete „Bekanntnis“ zu einem der vorhandenen Programme. Es bleibt aber die Frage, ob diese Enttäuschung nun mehr gegen die studentischen Tagungen spricht oder gegen das Wesen in den Parteien.

Für einen jeden, der politisches Tastempfinden und Gefühl für Bitterung hat, verhält es sich derart, daß unsere Parteipolitik einer gewissen urtümlichen Geisteskraft, die jetzt in der deutschen Jugend lebt, einfach nicht gewachsen ist oder vor ihr versagt. Denn ohne Frage sind in der gegenwärtig studierenden

Jugend — die im Felde war und nun wieder die Hörsäle füllt — selbständige Kräfte, neue Innenmächte und eigenartige geistige Antriebe wirksam, die zwar in einer erschütterten und aufgerührten und durch die Erschütterung stark gewordenen Erlebnisfähigkeit noch dunkel kochen, aber schon aufwärts und in die Helle drängen, mit sich selbst ringend, um durch qualvolle Klärungen zur Bewußtheit zu gelangen und leuchtender Ziele inne zu werden. Und was geschieht? Der Parteisekretär horcht auf, greift geschäftig in die Schublade und rollt alles fix und fertig auseinander, das Parteiprogramm und die Statuten. Bitte schön, hier steht das Gewünschte darin, Klärung, Bewußtheit, die Ziele und die „Ideen“, alles das Ergebnis langjähriger Erfahrung gereifter und bewährter Männer. Zweifel sind nicht gestattet. — Das wirkt wie ein Sturzbad, und es kam darum der Rückschlag. Denn „den neuen Kräften stellte sich überall, kalt und abstoßend, die Eiswand des Parteibureautraktismus entgegen.“ (Stadtler a. a. D.)

Mit aufgerissenen Augen suchen sie nach einem Glanz, und statt dessen bot man ihnen Stimmzettel, Straßenumzüge und den Gestank von Versammlungen. Der ganze Stolz ihrer schlank gewachsenen Menschlichkeit empört sich dagegen, daß man ihre seelische und vaterländische Not damit abpeist, um sozusagen zahlenmäßiges Rohmaterial und Objekte der Agitation, Wahlhelfer und Zusassen eines Rekrutierungsbezirks einzufangen. Und wenn ihnen dann der Ekel vor diesem Rummel von neuem bis an den Hals steigt, so wäre das keineswegs Mangel an „Sinn für die sozialen Verpflichtungen des öffentlichen Lebens“, sondern es ist nur der gesunde und sittlich notwendige Instinkt einer jugendlichen Keuschheit des Geistes.

Gewiß haben auch die neuen bürgerlichen Parteien einen guten Willen zur Leistung gehabt, in ihrem eigenen Interesse und — je nach dem Standpunkt — gleichzeitig zum Wohl des Gesamtvolks. Es war aber ihr Unglück, daß sie eigentlich keine „neuen“ Parteien sind, mit Zielrichtungen, die aus der völlig ungepflügten Zeilage aufstiegen, sondern der Ausdruck einer nur teilweise vollzogenen Umgruppierung der alten, auf Grund der bisherigen parlamentarischen Technik und Arbeits- und Organisationsweise. Darum verstehen sie die neue deutsche Jugend und ihre Geistesart nicht; und sie verstehen auch nicht, wie heute von den geistig Lebenden überhaupt „Politik“ aufgefaßt und gedacht wird. Die Parteien machen einen doppelten Fehler, dessen Zwiesältigkeit sich gegenseitig bedingt. Auf der einen Seite bleiben sie bei der mittlerweile längst abgelebten Voraussetzung stehen, als ob jegliche lebendige und „aktive“ Politik in der bloßen Parteipolitik aufgehe und mit dieser gleichbedeutend sei; sie übersehen, daß es neuerdings politische Willensgebiete gibt, die von der reinen Parteipolitik gar nicht berührt werden. Andererseits glauben sie, indem sie derart verfahren, jenen noch nicht zweckvoll gewordenen Tätigkeitsdrang in der jüngeren Generation nicht anders verlebendigen und zielbestimmt machen und ihn nicht anders in politische Aktivität umsetzen helfen zu können, als daß sie ihn mit seiner schwer wuchsenden seelischen Macht in das prompt ausgefertigte, dürre und unelastische Schema der Programme hineindrücken wollen. Weil sie eben, die Parteien, sich selbst als vollgültige Darstellung politischer Lebendigkeit vorkommen, so begeben sie sich im voraus der Möglichkeit, von den jugendlichen Energien und neuen Ideenkräften und von andersgearteten Willensvorgängen im Innern befruchtet zu werden. Es ist ihre Schuld, daß sie die politische Geistesart in der Jugend, die sie nicht verstehen, nicht einmal als Potenz anerkennen. Indem sie also auf Wechselwirkung verzichten und diese grundsätzlich ablehnen, haben sie sich eine breit offene Pforte zu schaffenden

Wirkungen willkürlich versperret. Durch den Wahn von ihrer eigenen Unbedingtheit haben sich die Parteien in ein unlösbares Zwangsverhältnis gestellt: entweder nun das, was sie für den Sinn der Politik halten, d. h. in letzter Linie sich selber, von außen her an die Jugend heranzubringen und in sie hineinzuschieben, auf diese Weise die Köpfe und Kräfte der jüngeren Generation einseitig aufzusaugen und hiermit um ihr Bestes, um ihre Selbsttätigkeit, zu betrügen; oder aber, soweit diese Selbsttätigkeit stärker sein sollte als das Geschick der parteipolitischen Werbearbeit, den eigenständigen Wuchs und das seelische Übergewicht eines neuen politischen Lebensgefühls gewissermaßen als unmündig für immer, als illegitim und vogelfrei erscheinen zu lassen und es demnach zu einer so furchtbaren Festigkeit der Gegnerschaft zu verurteilen, daß sich die allmähliche Verkümmern der überlieferten Parteimächte nicht schwer voraussehen läßt.

Beinahe sind wir heute ja schon so weit. Es gibt jetzt eigentlich zwei verschiedene politische Jugendbewegungen in Deutschland: einesteils die partei-offizielle jeglicher Färbung, die bereits in Untertertia ansetzt, mit ihren Bünden und Jugendgruppen und mit Kokarden und Schleifen, und andernteils eine gleichsam anonyme, parteilose und überparteiliche, doch mit einer warmen Innigkeit politisch-national eingestimmte Jugendbewegung. Der Kenner weiß, daß in dieser zweiten die stärkere Kraft ist.

\* \* \*

Bei der Gewandtheit der Parteien in der Werbearbeit und Organisation konnten freilich greifbare Erfolge nicht ausbleiben. Doch sobald man von dem politischen Ausdrucksgebiet des Katholizismus, wo alles ziemlich glatt zu verlaufen scheint, einmal absteht, hat es nirgends geklappt. Vielleicht tritt die Bedrohung und innere Zernagung der geschichtlichen Parteigedanken in der Demokratie am deutlichsten hervor. Denn dort ragt der selbständigere Geist des jungen Geschlechts in die Partei selber hinein. Dort gibt es neben den beiden Flügeln und zwischen ihnen, neben dem „pazifistischen Internationalismus“ der absoluten Demokratie und dem fortschrittlichen Republikanertum des ehemaligen Freisinns und der herübergewanderten Nationalliberalen eine eigentümliche Jugendrichtung, die sich in ganz anderen Ideengängen bewegt, in mehr gefühlsmäßig-soziologisch gehaltenen Ideengängen. Sie hat sich bereits gewisse offizielle Berücksichtigungen erkämpft. Weniger übersichtlich liegt es auf der rechten Seite.

Die methodische Behandlung der Jüngeren sammelt sich hier im Deutsch-nationalen Jugendbund. Wenn man sich mit der Peinlichkeit des Hineintragens von Politik in die Schule, das bloß eine automatische Folge des herabgesetzten Wahlalters ist, nun schon abfinden muß, so hat der Deutsch-nationale Jugendbund ohne Zweifel für die Schülerjahre sein gutes. Denn bei der Art von Schulreform, wie sie heute Mode ist, dürfte die kameradschaftliche und Vortrags-erziehung in dieser Vereinigung vielleicht als einzige Möglichkeit bleiben, um den Heranwachsenden die nationalen Werte der Geschichte überhaupt zur Kenntnis und in die Herzen zu bringen. Aber eben dadurch, daß sich der Deutsch-nationale Jugendbund zu eng an die Deutsch-nationale Volkspartei anlehnt und somit von parteipolitischen Absichten sich abhängig macht, benimmt er sich die Kraft eines nachhaltigeren Eindrucks auf die Studentenschaft und die gleich-altrigen Schichten. Zunächst schien er gerade für das studentische Alter von anderer Seite aus nativ belebt werden zu sollen, nämlich aus der freideutschen Bewegung hervor.

Obwohl die Freideutschen einstweilen nur eine etwas abseitige Gruppe sind, liefert ihr Verhalten doch am auffälligsten einen feinen Maßstab dafür, was in den Köpfen der Jugend vor sich geht. Denn der jugendliche Hang zur Entschiedenheit in allem, was sich kräftig gebärdet und frisch aufgenommen wird, zu unhistorischer Einstellung und Umstellung und zum Radikalismus, gleichviel welchen Sinnes, ist nirgends so bedenkenlos wie in dieser Strömung. Nur darum konnten sich die Freideutschen in der Zeit nach dem Kriege und während der Revolution in zwei weit auseinanderstrebende Richtungen zertrennen, die beide zu den Extremen gingen, die einen zu den Unabhängigen und Kommunisten, von denen hier nicht weiter die Rede sein wird, und die anderen zu den „Bölkischen“ ganz rechter Orientierung. Damit bot sich einem politisch klaren Rationalgeist die Möglichkeit an, die unbefangene Gemütsiefe der Wandervogelbewegung voll auszuwerten und ihrer schwankenden Romantik zur deutschen Gesinnung zu verhelfen. Ich weiß recht wohl darüber Bescheid, daß der knapper bemessene Umkreis der Freideutschen und der Gesamtbezirk der „Wandervogelkultur“ sich nicht vollständig decken und daß bis zu gewissem Grade andersartige Richtkräfte in ihnen wirken. Die freideutsche Bewegung geht mehr aufs Geistige aus und ist bewusst ethisch, während es im Wandervogelwesen bestenfalls eine sehr indirekte politische Seelenanlage gibt, in der sich nackte Naturfreude und vaterländisches Heimatempfinden gegenseitig hervorgerufen. Aber beide Erscheinungen, der Wandervogel und die Freideutschen, sind miteinander und auseinander entstanden und gehören im Innern zusammen; sie lassen sich nicht entzweiden. Ihr Gemeinsames liegt im unteren Bereiche der Wurzeln, im dumpfen Ergriffensein von den psycho-physiologischen Grundlagen des klingenden Blutes: in der Unmittelbarkeit eines triebhaften Artgefühls. Und es müßte mit allen Teufeln zugehen, wenn es nicht glücken sollte, einen solchen ursprünglichen Wert in die Höhe zu heben und für Taten und Leistungen im Volkstum beweglich zu machen. Es ist jedoch mit allen Teufeln zugegangen. Die Potsdamer Tagung ließ es merken. Denn die hauptsächlichsten Wandervogel mit offener Brust, mit ihren Wadenstrümpfen, Volkstänzen und Zupsgeigen spüren durchaus keine Neigung, sich in den historischen Formalismus der Häuptlinge des Deutschnationalen Jugendbundes und in Parteidogmen einsperren zu lassen, und die eigentlichen Freideutschen wehren sich mit ihrem Unmaß an ideeller Begehrlichkeit dagegen erst recht. Auf der anderen Seite scheint neuerdings der Deutschnationale Jugendbund selber so töricht zu sein, daß er von den Wandervogelbänden mit Deutlichkeit abrücken will. Sollte er es wirklich tun und künftig bei anderen Gelegenheiten ähnlich verfahren, so mauert er sich ein und erstickt.

Nicht so unverhohlen und geradezu, wie die Deutschnationalen und Demokraten, sondern behutsamer geht die Deutsche Volkspartei vor. Auch in ihr gibt es politische „Jugendgruppen“ und „Studentengruppen“. Aber sie hat klugerweise davon abgesehen, eine besondere, selbständig auftretende und doch parteimäßig gebundene Jugendvereinigung zu gründen.<sup>1)</sup> Statt dessen will sie indirekt und auf Umwegen der Studentenschaft nahe kommen, um sie zu gewinnen. Sie versucht, ständisches Bewußtsein der höherwertigen geistigen Betufe und den Gedanken ihrer wirtschaftlichen Selbstbehauptung durch gewerkschaftliche Organisation in die studentischen Kreise zu tragen, um dadurch eine gerade Beziehung zwischen der akademischen Welt und den gleichartigen Bestrebungen der

<sup>1)</sup> Nach neueren Angaben der Nationalliberalen Korrespondenz scheint man indessen künftighin auch mit dem Gegenteil rechnen zu können.

Partei im engeren Wirtschaftsleben herzustellen. Wäre in der Tat die gesamte Studentenschaft aller Universitäten und Hochschulen, Wissenszweige, Fakultäten und Laufbahnen gewerkschaftlich zusammengefaßt und durchorganisiert, so würde sich dieses Ereignis reibungslos in die Verwirklichung der Idee einer „Arbeitsgemeinschaft“ und „Von der Arbeitsgemeinschaft zur Volksgemeinschaft“ einfügen lassen, wie sie gegen Ende August mit dem „Aufruf zum Arbeitsfrieden“ von der Fraktion der Deutschen Volkspartei in den der Partei nahestehenden Blättern veröffentlicht wurde. Nachher hat man diesen Entwurf in die vom zweiten Parteitage beschlossenen Grundsätze der Partei hineingearbeitet. Doch der Entwurf jenes Aufrufs drang weiter vor. Dort ist von dem „Grundsatz der Parität von Kopf- und Handarbeit“ die Rede und davon, daß die allenthalben bemerkbare „Abhängigkeit von den gemeinsamen nationalen und wirtschaftlichen Grundbedingungen zu einer gemeinsamen Regelung der Zusammenarbeit, zur Schaffung eines vertragsmäßigen Rechtszustandes in allen Arbeitsbedingungen nötige.“ „Arbeitsgemeinschaftliche Organisationen“ sämtlicher Berufsgruppen sollen entstehen, und aus ihnen mag sodann „ein lebensvolles Gebilde erwachsen“, was für den Mut der Folgerichtigkeit nur die berufsständische Wirtschaftskammer sein könnte. Gegen Ende steht der prächtige Satz: „Den politischen Parlamenten fehlt die unmittelbare verantwortliche Mitwirkung des Volkes in seinen selbstgeschaffenen Organisationen.“ Würde es gelingen, diesem großgedachten Plan eine Wirklichkeit zu verschaffen und mit seiner Verwirklichung zugleich alle Folgerungen aus dem Grundgedanken zu ziehen, dann wäre nicht nur die Geistesarbeit von ihrer Entrechtung erlöst, sondern auch der innere organische Entwicklungsgang der Nation von seiner Vergewaltigung durch den zahlenhaften Mechanismus der Demokratie.

Man darf gestehen, daß diese Absicht gewerkschaftlicher Durchsetzung der studentischen Jugend und ihrer berufsständischen Eingliederung in das wirtschaftliche Gesamtgefüge bisher in jeglicher parteipolitischen Jugendarbeit der einzige Gedanke blieb, der schöpferisch ist und wirksam sein könnte. Trotzdem greift er im wesentlichen vorbei. Denn dieser Gedanke ist am Ende, soweit er es eben auf die „Politisierung“ der Studentenschaft abzielt, doch nur eine Halbheit; und da er die Halbheit für das Ganze zu nehmen scheint, so beruht er auf einem Irrtum.

Zunächst wäre zu sagen, daß den Studenten das Gefühl ihrer sozialen Not, die Sorge um das eigene Wirtschaftsda-sein und dessen Reform und das Wissen darum, daß in dieser Richtung etwas zu geschehen hat, nicht mehr so ganz fremd sind. Vom Würzburger Allgemeinen Studententage soll im nächsten Hefte die Rede sein. Aber auch vorher gab es bereits den Akademischen Hilfsbund G. B., der zwar von sogenannten Altakademikern ausgegangen, doch auf die Mitarbeit der Studenten angewiesen ist; und der Reichsausschuß der akademischen Berufsstände, dem die meisten studentischen Verbände zugehören, hat längst die bewußte Tendenz, sich gewissermaßen zu einer umfassenden Gewerkschaft der studierten Leute zu entwickeln. Es geht nicht an, solche Erscheinungen zu übersehen, wenn man irgendwie praktische Arbeit tun will.

Indessen der eigentliche Irrtum jenes Gedankens ist dies. Obgleich unter den heutigen Studenten das Bewußtsein von der Wichtigkeit der Berufsfragen und materiellen Dinge sehr stark und nachhaltig lebt, wird ihre politische Erlebnisfähigkeit davon keineswegs ausgefüllt. Denn im Kern sind ihre Vorstellungen vom Wesen der Politik weniger wirtschaftlich und materiell, als geistig-seelisch gerichtet. Dieses geistig-seelische Verlangen in ihrem politische Bedürfnis fühlt sich durch die bloße Gewerkschaftstechnik unbefriedigt, ihm kan

das ewige Geklapper der „Betriebe“, das man immer hervorhört, mitsamt den Vertrauensorganisationen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber beim besten Willen nicht völlig genüge tun. Der industriewirtschaftliche Sinn des Plans einer solchen Arbeitsgemeinschaft sei in seiner produktiven Bedeutung ganz unverfehrt. Diese Bedeutung gelangt am hellsten in den Worten zum Ausdruck: „Unsere Industrie steht ähnlich wie die Landwirtschaft vor hundert Jahren in der Zeit der Bauernbefreiung vor der Aufgabe, sich eine neue Betriebsverfassung zu geben.“<sup>2)</sup> Aber ein Bewegungsversuch, der hiervon, obschon er es auf das Geschlecht der Jungakademiker abzieht, seine Handhaben nimmt, der mit seiner Charakterrichtung von der Wirtschaftspolitik ausgeht und in ihr stecken bleiben muß, trifft überhaupt dasjenige nicht, worauf es der studierenden Jugend hauptsächlich ankommt. Denn ihre geheimste Inbrunst wird nicht gestillt: die selbstlose Reinheit ihres Grams um das nationale Geschick. Für die Jüngeren selber mag so etwas unvoreilhaft sein. Aber wäre es anders, dann wären die Studenten nicht so, wie sie sind und sein müssen: edel und jung.

\* \* \*

Man hat sich so ziemlich daran gewöhnt, die Jahrzehnte vor dem Kriege das wilhelminische Zeitalter zu nennen. Nicht nur wird das Ende dieser Epoche scharf abgegrenzt durch den Zusammenbruch und die Revolution, sondern mit seinen zeitlichen Anfängen unterscheidet es sich ebenso fühlbar von den schlichteren Stimmungstönen der Jahrgänge unter dem alten Kaiser und Bismarck. Das wilhelminische Zeitalter hat seinen eigenen Stimmungston und Charakter. Er bestand gewissermaßen aus einer auf den Pomp dressierten Nüchternheit in der Geltung des Massenhaften. Oft genug wurde er geschildert: mit seiner Vorkherrschaft der weit sichtbaren und zugleich schnellen Erfolge und Entwertung des Geistigen, das langsam und verborgen gedeiht; mit seiner Verdinglichung der Zwecke und Verkettung des menschlichen Lebenssinnes in das ineinandergreifende und stets wieder in sich selbst zurückgehende Gefänge der überall durchgeführten Struktur dieses ganz dinghaft gewordenen Daseins. Man könnte geradezu von einer bestimmten „Mentalität“ der Menschen im wilhelminischen Zeitalter sprechen. Diese Mentalität des wilhelminischen Menschen bedeutet ein Eingestelltsein auf den Effekt, auf das Sichtbare und Anschauliche, auf das, was man sehen und anfassen kann und was sich statistisch feststellen und nachzählen läßt. Sie war ein vollkommenes Aufgehen in die Abhängigkeit von materiellen Zweckbegriffen mit ihrem Nutzen um des Nutzens willen und vom Prunk der Ergebnisse; und gleichzeitig war sie ein vollkommenes Aufgehen in Zusammenfassung, Steigerung und wieder Zusammenfassung von Arbeit mit Entselbständigung des persönlichen Handelns, wodurch jene Ergebnisse überhaupt erst erreicht und als Macht des Tatsächlichen gleichsam ausgestellt werden konnten. Die menschliche Natur hatte sich einer Selbstaufführung dieser Macht der Tatsächlichkeit unterworfen und damit entleert. Sie stieg freilich auf in die schwelgerische Verherrlichung der Höhen von Ziffern und einer Totalität von Einzelheiten und stofflichen Wirkungen, doch dahinter verschwanden die Einheit des geistigen Geschehens und das seelenvolle Gefühl. Der „Sinn“ des Lebens in dessen unwiederbringlicher Einmaligkeit hat gefehlt; und es hat gefehlt das kostbarste Erbgut der Deutschen, die keusche Sachlichkeit des ideen-

<sup>2)</sup> Professor Dr. Fritz Hartung, „Zusammenbruch und Wiederaufbau“. Grenzboten Nr. 39 (1919).

bewußten Willens<sup>2)</sup> zur Leistung ohne Rücksicht auf materiellen Gewinn, jenes: eine Sache um ihrer selbst willen tun.

Diesen Typus Mensch mit all seinen Äußerungsweisen hat das neuere Geschlecht endgültig satt. Das Innere des jungen Geschlechts wird von Problemen zermüht. Der allenthalben hervortretende Zug zum Religiösen hat es ergriffen, und im Zusammenhange hiermit und mit der hygienischen und sozialen Not breiterer Schichten quälen sich manche wieder mit der Frage der Enthaltfamkeit ab; ihre schwerste Last ist jedoch die Sorge um den blutenden Riß, der infolge des jüngsten Geschehens quer durch die Unterlagerungen des politischen Gefühlslebens und staatsfittlichen Wertempfindens der ganzen Nation geht. Das neuere Geschlecht verlangt nach Vertiefung durch Einheit der Werte und des Gedankens und nach Beseeltheit des Handelns, somit nach einer Beseelung auch der politischen Dinge. Es verlangt nach geistbestimmter Zielsetzung.

Dem widerspricht von vornherein die Lebensart unserer Parteien. Sie pflegen immer noch nach den Wertmaßstäben der wilhelminischen Epoche zu denken, die sie geschult hat; ihre geltenden Männer sind meistens von früher her überkommene Größen, Träger jener Mentalität, und können sich trotz besten Willens davon nicht ganz frei machen. Viele wollen es garnicht. Sodann muß überhaupt die wesenseigentliche Artbeschaffenheit der Parlamente und des Parteilebens der Beseelung sich widersetzen und auf die Einheit geistbestimmter Ziele verzichten. Denn der parlamentarische Betrieb mit seiner immerhin flachen Technik in Rede und Gegenrede für die agitatorische Wirkung, mit Stoffüberschwemmung von bedrucktem Papier, Ausschusssitzungen und der Hast verstandesmäßiger Entscheidungen, mechanisiert und drückt die Gemüter so sehr zu einer rein sachlichen Selbstgewißheit und Trockenheit, daß sie den Blick von ihrem Innern abkehren und das Gefühl für seelische Gründe einbüßen.<sup>3)</sup> Und in dieser Technik mit ihren schnell gegeneinander zurechtgemessenen Beschlüssen geht die gedankliche Einheit und Geisterfülle der Ziele verloren. Die Unbedingtheit, mit der die Partei von ihrer eigenen Bedeutung überzeugt bleibt, ist etwas anderes, als das Ausschließliche in dem Bedürfnis jugendlicher Menschen nach vollkommener Hingabe an eine Idee. Die Jugend bejaht durch ihr ursprüngliches Handeln und mag nicht nachgeben; die Partei lebt davon, daß sie entweder in der Praxis verneint oder immer nachgibt und die Unbedingtheit ihrer besonderen Ansicht bloß illusionär fortsetzt. Denn die Notwendigkeit, daß stets und überall etwas zustande kommt, legt die parlamentarische Arbeit auf die „Verständigung“ und eine durchgängige Linie der Kompromisse fest.

Genau so, nämlich in Kompromissen, geht das Parteileben mit den ideellen Kräften der neuen Gegenwart um, soweit es diese bemerkt und sich mit ihnen abzufinden gedenkt. Man spürt gleichsam den Geruch von etwas Frischem in der Atmosphäre der Zeit und beschließt satzungsgemäß, es tunlichst zu beachten. Das heißt: einiges davon, was der Belebung des vorgeschriebenen Programms dienen könnte und ungefähr in der Richtung der Interessen zu laufen scheint, die man vertritt, sucht man mit spitzen Fingern heraus, greift es auf und mischt es dann mit den althergebrachten Werbebegriffen und Schlagwörtern zusammen. Ein schönes Zeugnis solcher Fertigkeit hatte unter anderem der demokratische Parteitag abgelegt. Aber diese „Einheit“ der bloßen

<sup>2)</sup> Vgl. den bekennnisreichen Aufsatz „Mechanisches und Seelisches in der Politik“ von Joseph Zoos, M. d. N., in Nr. 23 des „Neuen Deutschland“ (1919).

Bermischung, dieser völlige Mangel an innerer Logik des geistigen Erlebnisses ist es gerade, was vielleicht am stärksten den Widerwillen hervorruft. Die Möglichkeit geistiger Ziele auf der Grundlage einheitlicher Gedanken, worauf es ankommt, wäre ganz das Gegenteil eines derartigen, künstlich herbeigeführten oder vorgetäuschten vermischten Gemenges, das an der Oberfläche plätschert, statt zu vertiefen. Jene echte Einheit wäre „Synthese“.

Abgefeimte Parteileute aus der politischen Praxis mögen sich über die Synthese lustig machen und in dem Wort eine großschnäuzige Redensart sehen. Es steckt jedoch mehr und etwas Lebendiges darin. Was hiermit zum Ausdruck kommt, ist die synthetische Entwicklungskraft eines organisch verfahrenenden Denkens. Am Ende läßt sich der heutige Gegensatz zwischen Jugend und Parteipolitik nie ganz überbrücken. Denn worum es sich in ihm eigentlich handelt, das ist zuletzt die Verschiedenheit in der geistig-seelischen und politischen Grundstimmung zweier geschichtlicher Generationen. Es ist der Unterschied zwischen Alter und Jugend und zwischen einer mechanistischen und mechanisierenden und einer organisch durchsetzten Gemüthshaltung oder Auffassungsweise des Staatlichen.

Unter den Vertretern der bisher geltenden Denkweise in der Politik gibt es einige, welche die volle Stärke dieses Gegensatzes spüren und vor dem Neuen sich fürchten. Sie sind es, die besonders jene Achtung der kommenden politischen Lebensgefühle aussprechen. Denn sie leiden ihre Furcht in Verachtung. Sie lehnen das Einbringen der „Geistigen“ in die Politik ganz und gar ab und sträuben sich mit allen Mitteln dagegen. Diesem geistigen Hochmut, der alles aus sich selbst heraus können wolle (so sagen sie), fehle nicht nur der erfahrene Blick für die wirtschaftlichen Bedingtheiten der politischen Verläufe, sondern sogar jeder Sinn dafür, daß zu einer Betätigung in der Politik erst wirtschaftspolitisch gelernt werden müsse. Die unfreundliche Aussicht entstehe, daß die praktische Handlungskraft in Abhängigkeit von dem unpraktischen Dualm und Dunst konstruierter Begriffe gerate, und statt einer „Politikisierung der Intelligenz“ würde sich eine „Intellektualisierung der Politik“ ergeben. Es ist noch nicht lange her, daß man dergleichen in rechtsdemokratischen Blättern fand. — Solchen Dilettanten im berühmten Reich der Ideen muß erst einmal klargemacht werden, daß Geistigkeit und „Intellektualismus“ — um nun schon bei ihren formelhaften Fachwörtern zu bleiben — beileibe nicht ein und dasselbe sind, daß im Gegenteil der bloße Intellektualismus und die Mechanisierung auf der gleichen Linie laufen und es deshalb eben der Intellektualismus ist, den man bekämpft. Dies nur nebenbei. Im übrigen wäre es höchst kurzfristig oder böswillig und jedenfalls unangebracht, den Empfängnistoller etlicher dichterisch veranlagter Naturen unter den Freideutschen oder die trällernde Faulheit mancher Wandervogel für ausschlaggebend zu halten. Vornehmlich die akademische Jugend weiß, daß Arbeit notwendig ist; sie hat eine fleißige Bereitschaft, gerade wirtschaftlich in die Lehre zu gehen. Aber die Erkenntnis steigt hoch, daß Politik mit einer nur kaufmännisch gedachten Zweckhaftigkeit der reinen Wirtschaftspolitik doch nicht ganz übereinkommt und sich mit ihr nicht vollständig deckt, daß es auch andere Gedanken und eigentümliche Gesetze gibt, denen sie folgt. Man übersieht keineswegs die Tatsache einer Verflechtung des politischen Willens in wirtschaftliche Beziehungsweise nach innen und außen; doch man mag nicht mehr zusehen, wie immer nur „Interessen“ vorherrschen und irgendwelche Direktoren, Generalbevollmächtigte und Aufsichtsratsmitglieder an den Schnüren ziehen.

Es handelt sich letzten Endes um eine Versittlichung des Wirtschaftlichen, um seine Einbeziehung in organische Gemeinschaftskraft und in die Synthese.

Denn die Synthese ist dies. Sie beruht auf einer Zueinsbildung, gleichsam auf einer zeugerischen Vereinigung und gegenseitigen Begattung von straff gespannter konservativer Lebenshaltung und dem, was man Freigeistigkeit nennen könnte. In einer Hinsicht bedeutet diese Freigeistigkeit ungefähr dasselbe wie liberal, während sie nach der anderen Seite hin um so mehr als das Gegenteil des Liberalen erscheint. Soweit sie als liberaler Gedanke auftritt, geht sie darauf aus, das wesenhaft Menschliche in der politischen Person bloßzulegen und wieder in sein Recht einzusetzen. Sie will für die Politik die Energien erschließen, die nur der Menschenart eigentümlich sind und sich in den Bereichen des Seelisch-Geistigen vollziehen, und bezweckt eine Entfesselung dieser „humanen“, der frei sich entwickelnden Persönlichkeit aus ihrer intellektuellen Verhaftung in bloß wirtschaftspolitische Leitbegriffe. Sofern sie indessen liberale Denkrichtungen verleugnet, ist es eben der wirtschaftliche Liberalismus, von dem sie sich losragt, der übliche Großstadtilberalismus des 19. Jahrhunderts, das Manchesterium und Freihandelswesen und die Heiligprechung jener vereinzelt punktuellen Einheiten, die der nackte Erwerbssinn und das private Interesse sind. Diese freie Gesinnung ist schließlich nichts anderes, als eine nicht voreingenommene Unbefangenheit gegenüber den sozialen Problemen in der Wirtschaftlichkeit. Sie will eine Durchdringung des konservativen Lebensstils mit gemeinwirtschaftlichen Entwicklungen. Hierbei wird unter Gemeinwirtschaft nicht Sozialismus im Parteisinne verstanden, mit seiner Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Einebnung der Stände durch völlige Ausschaltung der wirtschaftlichen Persönlichkeitskraft, sondern was darunter verstanden wird, das ist die grundsätzliche Höherbewertung von Gemeinwohlinteressen gegenüber dem Einzelinteresse und der organisatorische Ausdruck dieser Höherbewertung. Der konservative Sinn für die Bindung durch Form und sein nationales Gewissen fügen den entfalteten Geist der Menschen schichtweise in solche Unerordnungen ein.

In derartigen Gedankengängen etwa, oder genauer gesagt: in derartigen Stimmungen, die Sehnsucht sind und nach Klarheit streben, bewegt sich heute das politische Nachsinnen der akademisch Gebildeten in der jüngeren Generation. Zur jüngeren Generation wären aber gemeinhin auch alle diejenigen zu rechnen, die noch auf dem Sprunge stehen, die vor dem Kriege in den Dreißigern waren und damals bei der schwerfälligen Umständlichkeit in der öffentlich anerkannten Bewährung noch nicht zu den „Arrivierten“ gehörten. Zu welcher Partei der eine oder der andere sich hingezogen fühlt, hängt von Herkunft und Temperament ab, von Zufällen und zuletzt auch von einem gewissen Überwiegen je eines der gedanklichen Grundbestandteile. Wer besondere Neigung zu sozialen Verallgemeinerungen hat, sucht leicht Anschluß bei den jugendlichen Strömungen in der Demokratie; wer in seinem Innern den konservativen Halt stärker empfindet, stimmt deutschnational; und wer gar nicht weiß, wo er hin soll, oder glaubt, in sich selbst schon eine Art Ausgleich gewonnen zu haben, mag für die Deutsche Volkspartei stimmen. Doch eine jede Partei hat sich zu sagen, daß sie sich auf diese Anhänger — ihre besten — nicht immer verlassen darf.

